

Der aktuelle Eindruck: Der »islamische Staat« beschäftigt nun die mediale Szene. Gewalt im ukrainischen Territorium ist rückläufig. Die internationale Auseinandersetzung um diese Region hat sich abgeschwächt. Der neue Kalte Krieg steht nicht mehr in Gefahr, sich zu erhitzen. Aber der Schein kann trügen. Keineswegs haben sich jene machtpolitischen Interessen in Luft aufgelöst, die kontrovers den Konflikt in der und um die Ukraine herbeiführten und zerstörerische Gewalt erzeugten.

Und weiterhin sind Fragen aller Aufmerksamkeit wert, die im deutschen Diskurs über den Kampfplatz Ukraine zumeist zu kurz kommen: Was eigentlich treibt die externen Akteure in diesem geopolitischen Schlachtfeld an? Haben wir es, die »Brandstiftung« betreffend, mit einem Einzeläter Putin zu tun und »typisch russischem Expansionsdrang«? Und wie agiert in diesem Konflikt »der Westen – uneigennützig und harmonisch in den Zielsetzungen und Methoden von Politik«?

Noch immer begehrtes Terrain

Die Leitmedien in der Bundesrepublik haben ganz überwiegend diese Fragen auf problematische Weise beantwortet. Glaubt man ihrer Version, dann ist näheres Hinsehen auf die Ursachen des Konflikts und dessen Vorgeschichte ebenso überflüssig wie abwägendes Nachdenken über mögliche Lösungen. Stattdessen wird suggeriert: »Der Russe war es«, das Aggressive steckt nun mal in ihm; der Westen hatte und hat nichts anderes im Sinn, als den Ukrainern Freiheit und Demokratie zu bringen, sie warten allesamt sehnsüchtig auf den Anschluss an die westliche Wertewelt. Und deshalb sei dreierlei erforderlich: Härte gegenüber der russischen Politik; Anschluss der Ukraine an die EU; Ausdehnung des »NATO-Schutznetzes« gen Osten.

Wer es bequem haben will bei der Konfliktanalyse, muss sich mit folgenden geschichtlichen und aktuellen Beobachtungen erst gar nicht beschäftigen: Seit langer Zeit schon ist das ukrainische Terrain ein Objekt der Begehrlichkeit auswärtiger Mächte; wirtschaftliche und politstrategische, nicht zuletzt militärische Motive wirkten dabei zusammen: Erst das zarische Imperium, dann die Sowjetunion sollten »zergliedert«, zur Auflösung gebracht werden; die Ukraine galt als Kernstück dieser Pläne. Zunächst trat dabei das Wilhelminische Reich auf, es wollte die Ukraine seiner Herrschaft unterwerfen, militärische Mittel einsetzend.

Es ging dabei nicht nur um die Aneignung von Ressourcen. »Wer Kiew hat, kann Moskau zwingen«, so die deutsche Politikparole vor und während des Ersten Weltkrieges. Gegen Ende desselben konnte sie kurzzeitig in die Tat umgesetzt werden; deutsche Truppen errichteten ein »Protektorat« in der Ukraine. Das hielt nicht vor, aber Hitlerdeutschland knüpfte 1941 hier an, nun in der Vorgehensweise weitaus brutaler. Erst Kollaboration, dann Konfrontation ergab sich dabei mit der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« unter ihrem Führer Stepan Bandera; diese Bewegung war terroristisch, faschistisch und auch antisemitisch ausgerichtet. Sie hatte Nahrung gefunden, sowohl im Widerstand gegen die 1919 vollzogene Annexion ukrainischer Provinzen durch den polnischen

Die großen Medien in Deutschland haben ihr Urteil über den Konflikt in der Ukraine gefällt: Der Russe ist Schuld. Arno Klönne über Legenden und Realitäten



Ukrainische Soldaten blockieren mit ihren Panzern Zugangsstraßen in Slowjansk, einer Stadt im Donez-Becken, um gegen die ebenfalls bewaffneten Separatisten im Osten der Ukraine vorzugehen. Die Zivilbevölkerung muss sehen, wo sie bleibt.

FOTO: SASHA MAKSYMENKO

Umkämpfte Ukraine

Staat, als auch in der anhaltenden Wut über das Elend, das die sowjetische Regierungspolitik unter Stalin gerade in ukrainischen Gebieten angerichtet hatte. In der Gegenwart greifen extrem rechte Gruppierungen in der Westukraine auf die Tradition dieser Ausformung von Nationalismus zurück.

Ziel der USA: Russland schwächen

Nach dem Ende des »Dritten Reiches« kam die Ukraine in den interessierten Blick der US-amerikanischen Geostrategen. Als in Washington noch mit einer militanten »Befreiungspolitik« in Osteuropa kalkuliert wurde, gab die CIA dem bewaffneten Untergrundkampf von ukrainischen Nationalisten ihre Unterstützung. Einige Jahrzehnte später erbrachte die Auflösung der UdSSR neue Bedingungen für die US-amerikanische Osteuropapolitik. Deren Ziel ist es offenbar, den weltpolitischen Einfluss Russlands weiter abzusinken und russische Staatlichkeit zu schwächen. Einflussnahme auf die ukrainische Regierungspolitik verschafft dabei Vorteile, die Angliederung der Ukraine an die NATO wäre dafür höchst nützlich, aber schon der Konfliktzustand in dieser Region wirkt materiell bedrängend auf die Verhältnisse in Russland ein. Da mag die Moskauer Führung noch so sehr die Stärke ihres Landes propagieren.

Direkte wirtschaftliche Interessen haben die USA in dieser Region kaum; das ist anders bei Staaten der EU, insbesondere der Bundesrepublik. Eben deshalb stimmen die europä-

schen, vor allem deutschen Politikkonzepte in Sachen Ukraine in Wahrheit nicht überein mit denen der US-Regierung. Diese Differenz jedoch wird der Öffentlichkeit weitgehend vorenthalten. PolitikerInnen und Medien hierzulande wollen nicht in den Verdacht des »Antiamerikanismus« geraten und auch bedeckt halten, dass der Große Bruder jenseits des Atlantiks in letzter Instanz denn doch das Sagen hat. Die NATO als Militärsystem wiederum hat ihre spezifischen Interessen. Ihr ist an Ausdehnung ihres Tätigkeitsfeldes gelegen; und die Rüstungsbranche braucht internationale Konflikte als Geschäftsförderung.

Angesichts dessen »Putin verstehen«? Sich in die russische Interessenlage hineindenken? Gegen politische Moral verstößt diese Einstellung keineswegs. Allerdings wäre sie unsinnig, wenn sich damit die Illusion verbinden würde, die russische Regierungspolitik sei »fortschrittlich« und der Gewaltlosigkeit verpflichtet. Sie ist vielmehr darauf gerichtet, mit den üblichen und durchaus fragwürdigen Mitteln der internationalen Machtpolitik für Russland einen Status zu festigen, der das Mitreden in der Weltpolitik weiter erlaubt.

Realitätsfern freilich ist das Urteil, mit der »Annexion« der Krim habe der Kreml gezeigt, dass er einen weitreichenden Eroberungszug gen Westen beabsichtige. Auch die demokratische Opposition gegen das »System Putin« in Russland geht davon aus, dass die Krim nicht der Regie eines ukrainischen Staates überlassen werden durfte, der sich auf die Integration in das transatlantische Militärbündnis vorbe-

reit. Die Halbinsel, in der Mehrheit ihrer Bevölkerung russisch geprägt, gilt den meisten Russen als ein seinerzeit nur pro forma an die Ukraine »verliehenes« Terrain.

Einseitige Stellungnahmen vermeiden

Aber hat nicht der russische Staat, indem er die Krim sich wieder eingliederte, grundsätzlich den völkerrechtlichen Prinzipien eine Absage erteilt und sind deshalb Verhandlungen mit ihm nicht mehr sinnvoll? Wollte man dieser Einschätzung folgen, wäre jeder Versuch abzubrechen, auf zwischenstaatliches Verhandeln, auf friedliche Lösungen hinzuwirken. Es ist nicht so, als sei der russische Staat ein Wolf, dem weltweit eine Herde von staatlichen Unschuldslämmern gegenübersteht. Noch immer dominiert international, quer zu allen Himmelsrichtungen, das Grundmuster einer Durchsetzung von geopolitischen und ökonomischen Interessen, die im Konfliktfall auf das Existenzrecht von Menschen keine Rücksicht nehmen. Sich dem entgegenzustellen, gegen jede Kriegstreiberei anzugehen, setzt voraus, einseitige Stellungnahmen für den einen oder den anderen Machtstaat zu vermeiden.

» Info »

Arno Klönne: Jg. 1931, ehem. Professor für Soziologie, Universität Paderborn. Er war in den 1960er Jahren einer der Sprecher der Ostermarschbewegung, jetzt Mitherausgeber der Schrift »Ossietsyky«.

Anzeigen

golbblog
www.golbblog.de
Das Magazin für Texte/Fotos/Grafik/Kunst

Stimmen
Reparatur
Begutachtung
Erwin Klumpf
Klavierbaumeister
Telefon 0521.178126
www.erwin-klumpf.de

Singen Sie gerne?
Gesangsunterricht von Pop bis Klassik
Frank Bothe, Gesangslehrer
Rufen Sie an: 0521 22639
Nordstraße 17, 33613 Bielefeld
www.frank-bothe.de